

**Rede**

# **„RHEINLAND-PFALZ AUF KURS HALTEN“**

**von Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Vorsitzende der SPD-  
Landtagsfraktion, anlässlich der Aussprache zur  
Einbringung des Landeshaushaltsgesetzes 2023/2024  
(LHG 2023/2024)  
am 13. Oktober 2022**

Sperrfrist: Redebeginn.  
Unkorrigiertes Redemanuskript.  
Es gilt das gesprochene Wort.



V.i.S.d.P.

**Markus Kuhlen**  
Pressesprecher

**SPD-Fraktion im Landtag  
Rheinland-Pfalz**

Kaiser-Friedrich-Straße 3  
55116 Mainz

**T** 06131-208-3218

**F** 06131-208-4217

Markus.Kuhlen@spd.landtag.rlp.de

[www.spdfraktion-rlp.de](http://www.spdfraktion-rlp.de)

Sehr geehrter Landtagspräsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

bevor ich mich ausführlich mit dem Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt beschäftige, möchte ich einige Takte zum Ahrtal sagen:

**Vor 15 Monaten hat sich die unendlich tragische Katastrophe in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen ereignet, die uns seitdem intensiv beschäftigt:** 135 Mütter und Väter, Söhne und Töchter sind damals in Rheinland-Pfalz gestorben. Rund 800 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Tausende Häuser sind zerstört oder beschädigt worden.

Seit dem 15. Juli 2021 waren ich und meine Fraktionskollegen dutzende Mal im Ahrtal: Bis heute **tut es uns unendlich leid, was passiert ist. Wir empfinden mit den Menschen, die alles verloren haben.** Wir trauern mit den Menschen, deren Angehörige gestorben sind. Und wir stehen mit der größtmöglichen Hochachtung vor den Helfenden, die im Einsatz waren und die damals über ihre Belastungsgrenze hinausgegangen sind. Ich nenne einige Gruppen:

- Die vielen Feuerwehr-Männer und Frauen. Eine von ihnen starb bei ihrem heroischen Einsatz.

- Die Rettungskräfte, die zur Stelle waren und in der chaotischen Situation halfen, wo sie nur konnten.
- Die Polizistinnen und Polizisten, die unter Lebensgefahr im Einsatz waren.
- Die Bundeswehr-Soldat\*Innen, die alles versucht haben, was möglich war, und die mit den anderen Hubschrauber-Besatzungen hunderte Menschen retteten.
- Die kommunalen Verantwortlichen und all die anderen unzähligen helfenden Hände und Unterstützer, die stunden- und tagelang nicht ruhten.

**Wir dürfen in keiner Debatte zur Ahrtal-Katastrophe vergessen, ihnen unseren unbeschreiblichen Dank auszusprechen.** Dieser Dank wird nie nachlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**seit der Katastrophe sind im Ahrtal zahlreiche Wiederaufbau-Schritte gelungen.** Viele Schulen, Kitas, Gemeindehäuser, Feuerwehrhäuser und Verwaltungen konnten wieder bezogen werden. Wichtige Infrastrukturverbindungen sind hergestellt. Jüngst wurde etwa die Behelfsbrücke zwischen Sinzig und Remagen eingehoben und der B 267-

Tunnel bei Altenahr freigegeben, was den Menschen vor Ort ein Stück Alltagsmobilität zurückgibt und teils weitläufige Umfahrungen erspart.

**Im Doppelhaushalt des Landes, auf den ich gleich ausführlich eingehe, zeigt sich, dass wir die Anstrengungen für den Wiederaufbau mit Hochdruck fortführen:** Durch viele Einzelmaßnahmen und durch die Zuweisung von Personalstellen, etwa im Bereich der öffentlichen Verwaltung, des Landesbetrieb Mobilität und bei Schulen. Die Elektrifizierung der Ahrtalbahn ist beispielsweise mit 12,7 Millionen Euro im Haushalt eingeplant.

**Es gehört zur Wahrheit aber auch, dass es trotz der vielen Fortschritte noch an mehreren Stellen hakt und Menschen desillusioniert sind. Bei unseren Ahrtal-Besuchen haben wir auch diese Botschaft empfangen.** So fehlen Baugutachten, was zur Folge hat, dass Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen nicht Förderanträge einreichen können. **Als SPD-Fraktion setzen wir uns daher dafür ein, dass der Bund eine Fristverlängerung für Förderanträge über den 30. Juni 2023 hinaus einräumt.** Das Fördergeld darf nicht verfallen!

**Genauso wenig dürfen wir rosige Landschaften versprechen; denn vieles liegt nicht in unserer Hand:** Wir haben kein Allheilmittel gegen den Fachkräftemangel. Dieser führt aber dazu, dass Baumaßnahmen erst verspätet umgesetzt werden. Wir haben auch nur sehr begrenzten

Einfluss darauf, dass in Folge der weltweiten Krisen Lieferkettenprobleme bestehen und Baumaterialien fehlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

neben dem Ahrtal-Wiederaufbau beschäftigen uns in diesen Monaten Dinge, die in Europa bis vor Kurzem unvorstellbar waren:

- Ein paar Grenzen entfernt kämpfen ukrainische und russische Soldaten gegeneinander, und – man muss diese Schrecklichkeit aussprechen – viele von ihnen sterben.
- Ein Despoten-Regime droht mal direkt, mal indirekt, Atomwaffen in Westeuropa zu zünden.
- Innerhalb von Europa sind mehr als zehn Millionen Menschen auf der Flucht und suchen Sicherheit – auch bei uns in Rheinland-Pfalz.
- Und ein vierter Punkt zu dieser schwierigen Zeit: Viele Bürger\*Innen, auch Unternehmen und etwa Sozialeinrichtungen sehen sich von einer Inflationslawine überrollt.

Ich zähle dies nicht auf, um in Trübsal zu verfallen. Sondern um uns bewusztzumachen, unter welchen Rahmenbedingungen wir den Etat 2023/2024 beraten. Dieser Doppelhaushalt ist sehr europäisch geprägt

und daher werde ich in dieser Rede oft den Bezug zu **unserem geliebten Europa** herstellen.

**So wie der Rhein unsere Infrastruktur-Hauptschlagader ist und einer der wichtigsten Flüsse Europas, so ist unsere rheinland-pfälzische Zukunft maßgeblich von der Entwicklung Europas abhängig. Und das spiegelt sich in diesem Haushalt wieder.**

Ein Beispiel für die Verflechtungen sind die EU-Notfallmaßnahmen gegen hohe Energiepreise und die Entlastungspakete der Bundesregierung. Mit welcher hohen dreistelligen Millionensumme diese Maßnahmenbündel unseren Landeshaushalt belasten, ist heute noch nicht bestimmbar.

Lassen Sie mich an der Stelle aber solidarisch festhalten: **Die Pakete finanzieren wir als Land natürlich mit.** Europa, der Bund und die Länder sorgen so gemeinsam dafür,

- dass Familien über die Runden kommen,
- dass Rentnerinnen und Rentner nicht in ihren Wohnungen frieren,
- und ich sage es mal so drastisch, wie es zum Teil ist, dass Keine und Keiner in unserem reichen Land Hunger hat oder mangelernährt ist.

Die Entlastungspakete sind für viele Menschen von immenser Wichtigkeit: **Sonst würde ihnen die Krise über den Kopf wachsen.** Neben

diesen zentralen Effekten entfalten sie noch eine wichtige Zusatz-Wirkung: **Die Pakete sind Demokratie-Stärkungspakete**. Sie beweisen, dass der Staat für alle Bürger\*Innen da ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**als Ampel-Koalition halten wir in dieser Krisen-Zeit Rheinland-Pfalz auf Kurs, während Europa Kopf steht.** Dieser Doppelhaushalt steckt inden kommenden zwei Jahren unsere **Fahrrinne** ab: Er gibt vor, wofür das Land große Summen ausgibt. Dabei ist er nicht fest zementiert, denn natürlich ist auch vieles im Fluss: Die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und leider auch militärischen Rahmenbedingungen wandeln sich stetig, und so wird sich unser Haushalt im Zuge des Haushaltsvollzugs ändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**der Haushalt 2023/2024 ist in Zahlen gegossene Politik.** Ich werde hier nicht alle wichtigen Kernzahlen nennen und nicht wiederholen, was Finanzministerin Doris Ahnen gestern anschaulich vorgetragen hat. Ich möchte aber deutlich machen, dass unsere bereinigten Gesamtausgaben weiter steigen. Auf 21,86 Milliarden Euro im Jahr 2023 und auf 22,35

Milliarden Euro im Jahr 2024. Dieses Plus finanzieren wir keineswegs durch neue Schulden: Unterm Strich weist der Doppelhaushalt eine Nettotilgung am Kreditmarkt von 157,6 Millionen Euro in 2023 und 217,8 Millionen Euro in 2024 aus. **Die Schuldenbremse, also die Grenze des strukturellen Defizits, werden wir einhalten.**

**Wir wollen uns nicht mit fremden Federn schmücken:** Die hohen Ausgaben, die sich Rheinland-Pfalz leisten kann, sind in den gestiegenen Einnahmen begründet. **Die Basis hierfür ist das erfolgreiche Agieren der Unternehmen, der Selbstständigen und die tolle Arbeitsleistung der Beschäftigten.**

Wir können in diesen Krisenzeiten wichtige Investitionen aber auch tätigen, weil wir eine große Summe aus unserer Rücklage nehmen. Vor allem Doris Ahnen ist es zu verdanken, dass wir in den vergangenen Jahren in kluger Voraussicht ein Polster aufgebaut haben, von dem wir jetzt zehren.

**Aus diesen Gründen ist es uns möglich, im Doppelhaushalt die Investitionsausgaben zu erhöhen.** Die Ausgaben für Investitionen wachsen auf 1,59 Milliarden Euro im kommenden Jahr. Hinter dieser Summe verbergen sich sehr konkrete Zukunftsmittel: **Wir investieren massiv in den Öffentlichen Personennahverkehr, in den Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft und in den Klimaschutz in den Kommunen.**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die hohen Zukunftsinvestitionen zeigen, dass die rheinland-pfälzische Ampel ein Bündnis der Zukunft ist. Sie befindet sich im siebten Jahr ihres Bestehens. Manchmal heißt es in anderen Zusammenhängen: **das verflixte siebte Jahr**. Auf die Rheinland-Pfalz Ampel trifft das Gegenteil zu: Sie wird Jahr für Jahr eingespielter. 2016 war sie eine Koalition der Gegenwart und der Zukunft. Mittlerweile ist verbrieft: **Sie ist ein Bündnis, das viel erreicht und noch viel vorhat.**

**Trotz der Krisen und des Krieges drücken wir Rheinland-Pfalz ein soziales, innovatives und nachhaltiges Siegel auf.** In diesem Sinne setze ich darauf, dass auch ab dem Jahr 2026 eine Ampel Rheinland-Pfalz steuert.

Manchmal überkommt es einen und die Gedanken schweifen zurück, etwa zu den Landtagswahlen 2016 oder 2021. Ich bin froh, dass sich damals die SPD als stärkste Kraft nicht für eine Große Koalition entschieden hat: weder 2016 mit Julia Klöckner als Co-Partnerin an der Spitze und noch 2021 mit Ihnen, Herr Baldauf. Und ehrlich gesagt: **Immer wenn mich solche Erinnerungen einholen, schüttelt es mich und ich bin Malu Dreyer dankbar, dass sie von Anfang an eine Ampel-Koalition angestrebt hat.**

Eine Große Koalition hätte Stillstand bedeutet, wir hätten **faule Kompromisse** schließen müssen, etwa gegen Windkraft an vielen Orten oder gegen einen zukunftssträchtigen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Wir hätten unsere Kitas nicht beitragsfrei halten können, weil die CDU strikt dagegen war.

Diese Rheinland-Pfalz-CDU ist ein bisschen wie eine **Ölheizung aus den 1970er Jahren**: Ihr **Treibstoff**, ihre politischen Ideen, sind ein Relikt des alten fossilen Zeitalters. Und so richtig erfüllt sie ihren Zweck nicht: **Um ein Haus zu wärmen oder ein Land zu führen, reicht es nicht, nur heiße Luft zu produzieren.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**die Corona-Pandemie, die Ahrtal-Flutkatastrophe und nun der russische Angriffskrieg verlangt dem rheinland-pfälzischen Haushalt viel ab.** Und dennoch gelingt uns die Fokussierung auf zukunftssträchtige Dinge: Fast 300 Millionen Euro sehen wir in den kommenden beiden Jahren für eine starke Wirtschaftsförderung vor; über 80 Millionen Euro davon investieren wir in die Innovationsfähigkeit der Betriebe. Hier haben wir die Mittel kräftig erhöht. Im Sinne der Unternehmen und der Menschen sorgen wir auch für eine leistungsfähige Infrastruktur. Die Mittel im Landesstraßenbau werden wir auf hohem Niveau fortschreiben.

Es stehen rund 270 Millionen Euro für den Ausbau der Straßen, Brücken und Radwege an Landesstraßen bereit.

Wir legen einen großen Schwerpunkt auf die Transformation der Arbeitswelt und auf die Digitalisierung: Über den gesamten Etat sind für 2023 und 2024 mehr als eine Milliarde Euro für die Digitalisierung der Verwaltung und der Arbeitswelt veranschlagt. Damit wird etwa der flächendeckende Wechsel von Kupfer auf Glasfaser und die Netzverdichtung vorangetrieben.

**Diese großen Anstrengungen wird niemand, der den Etat kennt, leugnen; genauso wenig wie unseren Dreisprung für die Landkreise, Städte und Gemeinden.** Einmal erhöhen wir die Mittel im Kommunalen Finanzausgleich gewaltig, nämlich um 275 Millionen Euro auf 3,76 Milliarden Euro. Zudem legen wir ein Kommunales Investitionsprogramm von 250 Millionen Euro auf und als Drittes werden wir in einer großen Kraftanstrengung, Kommunen von einem Teil der Altschulden befreien; das hierfür nötige Gesetz wird 2023 wirksam werden.

**Summa summarum: Nur wer Tomaten auf den Augen hat oder aufgrund von Wahlschlappen realitätsblind und verbittert geworden ist, sieht nicht: Dieser Ampel-Haushalt ist ein Haushalt für die Kommunen.** Ein Etat im Sinne der kommunalen Familie.

Es ist hoffentlich deutlich geworden, dass wir als SPD-Fraktion den Regierungsentwurf **ziemlich gut** finden. Dennoch gilt auch in Rheinland-Pfalz das Struck'sche Gesetz: Dieser Haushaltsgesetzentwurf wird nun erst im Landtag beraten, und er wird in den kommenden Monaten noch modifiziert. **Wir Ampel-Fraktionen werden den Doppelhaushalt noch besser machen.** Im Dezember wird dann ein Etat verabschiedet, an dem es grundsätzlich nichts zu meckern gibt. **Es sei denn, man ist ideologisch verblendet, ein notorischer Schlechtredner, ein Gegner der Schuldenbremse oder ein politischer Schaumschläger.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Doppelhaushalt setzen wir klare sozialdemokratische Schwerpunkte – für Bildung, für den Klimaschutz, und für die soziale und innere Sicherheit.

**Für alle Bewohner\*Innen dieses Landes, für Junge und Alte, für Arme und Reiche, für Stadt- und Landbewohner ist es existenziell, in Rheinland-Pfalz geschützt leben zu können und sich sicher zu fühlen.**

Rheinland-Pfalz steht hier auch dank Roger Lewentz sehr gut dar: Im vergangenen Jahr wurde in der Polizeilichen Kriminalstatistik der niedrigste Wert seit 1992 registriert. **Rheinland-Pfalz ist also über 30 Jahre hinweg Jahr für Jahr ein bisschen sicherer geworden.** Auch bei der

Aufklärungsquote belegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich einen hervorragenden zweiten Platz. Daran hat unsere hervorragend ausgebildete und ausgestattete Bürgerpolizei einen maßgeblichen Anteil.

**Damit die Polizistinnen und Polizisten weiterhin einen so tollen Job machen können, investieren wir im Doppelhaushalt kräftig:** So stecken wir Mittel in Führungs- und Einsatzmittel und in die technische Ausstattung, zum Beispiel in neue Polizeihubschrauber, neue Autobahn-Streifenwagen und modernste IT-Anwendungen.

Neben der Inneren Sicherheit fällt in den Zuständigkeitsbereich des Innenressorts die Feuerwehr, die in Rheinland-Pfalz sehr stark unterstützt wird, und andere wichtige Themen:

- Der **Sport** mit seinen wunderbaren Vereinen.
- Die **Kulturschätze**, beispielsweise Burgen und Schlösser, die von der Generaldirektion Kulturelles Erbe verwaltet werden.
- Und die **Städte und Gemeinden**, die über den Kommunalen Finanzausgleich Jahr für Jahr mehr Geld erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Sozialdemokrat\*Innen ist es uns wichtig, für soziale Sicherheit zu sorgen und die Menschen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen: Sei es bei Krankheit, bei Behinderung oder sei es in finanziellen Nöten. **Ich bin froh, dass sich das an etlichen Stellen im Haushalt abbildet:** So wird die pflegerische Versorgungs- und Beratungsstruktur weiter ausgebaut – ich nenne nur mal ein Stichwort: die „Pflegestützpunkte“. Auch die Ansätze zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung können das hohe Finanzierungsniveau halten, die Zuschüsse an die Gemeinden zur Bekämpfung von Armut steigen spürbar. Erfolgreiche Projekte wie „Gemeindeschwester Plus“ werden kraftvoll weiterfinanziert. Auch vielversprechende Modellprojekte wie „Housing First“ spiegeln sich in diesem Doppelhaushalt angemessen wider.

All das zeigt: Auch in schwierigen Situationen können sich die Menschen auf die Landesregierung verlassen. **In Rheinland-Pfalz wird „You’ll never walk alone“ mit Leben gefüllt.**

**Der Landeshaushalt nimmt auch die Schutzlosen aus anderen Staaten besonders in den Blick.** Wir sorgen in einer Kraftanstrengung mit dem Bund, den Kommunen, den Sozialverbänden und unzähligen engagierten Bürgerinnen und Bürgern dafür, dass die bisher über 45.000 geflüchteten Menschen aus der Ukraine gut in Rheinland-Pfalz leben können. Es ist auch völlig richtig, dass wir integrationspolitische Schwerpunkte auf den Ausbau der Sprachvermittlung und die psychosoziale Versorgung legen. Und selbst wenn noch mehr Menschen kommen müssten, was aufgrund

des Angriffskriegs gegen die Ukraine möglich ist, sind wir vorbereitet: **Im Bereich der Migration und Integration wächst der Haushalt von 146,5 Millionen Euro im Jahr 2022 auf 155,2 Millionen Euro im Jahr 2023.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU,

in dem Zusammenhang müssen wir uns leider auch mit Friedrich Merz beschäftigen: Er hat in einer politischen Schwäche-Phase entschieden, auf schutzbedürftigen Menschen herumzuhacken: Nachdem er auf dem CDU-Parteitag eine sogenannte Frauenquote gegen den konservativen Teil der CDU nur mit Mühe durchsetzen konnte, hat er zum populistischen Tiefschlag ausgeholt: **In einem Fernsehstudio warf dieser niedersächsische Privatjet-Millionär ukrainischen Flüchtlingen vor, Sozialtourismus zu betreiben.**

Wir alle kennen doch ukrainische Frauen und Kinder, die leiden, weil sie ihre Heimat wegen des Krieges verlassen mussten und ihre Männer und Söhne zurückließen. **Diesen Menschen vorzuwerfen, sie wollten in Deutschland nur Geld einstreichen, ist elendig.** Dass Herr Merz sich später halbherzig entschuldigte, macht die Sache kaum besser. Denn seine Worte waren bewusst gesetzt und werden seitdem tausendfach in den Sozialen Medien aufgegriffen.

**Das kalte Kalkül von Friedrich Merz, vor einer Wahl rechtspopulistische Vorurteile zu bedienen, ist nicht zu entschuldigen. Und eine solche schäbige Aktion geht ja auch nach hinten los,** wie das Wahlergebnis in Niedersachsen zeigt.

**Ich habe mich übrigens sehr über den Ego-Trip von Herrn Merz gewundert:** Mein vorheriger Eindruck war, dass die Union mittlerweile eins verstanden hatte: Nämlich, dass rechtspopulistische Tiraden gegen Flüchtlinge und gegen Ausländer der CDU und der CSU in Wahlkämpfen nicht helfen, sondern nur zu Zuwächsen bei der AfD führen. **Aber anscheinend war ich zu optimistisch, Herr Merz ist offenbar lernresistent und hat sich auf eine Roland-Koch-Revival-Tour begeben.** Das Ergebnis ist eins, was niemand möchte: eine erstarkte AfD in Niedersachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich sprach eingangs von der für Europa so schwierigen Zeit, in der wir diesen Doppelhaushalt aufstellen. **In dem Zusammenhang ist es besonders schmerzhaft, welche Entwicklungen einzelne befreundete Staaten nehmen.** In Schweden paktieren Konservative mit den rechtspopulistischen Schwedendemokraten. In Italien wird wohl eine



Neofaschistin Ministerpräsidentin werden – auch unterstützt von den konservativen Politikern anderer Staaten.

Es ist fatal, dass die Europäische Volkspartei sich von diesen populistischen, rechtsextremen und neofaschistischen Gruppierungen nicht klar abgrenzt. Ich habe klare Worte von Herrn Söder und Herrn Merz vermisst.

**Uns allen ist aber doch klar, dass diese Entwicklungen in EU-Staaten brandgefährlich sind. Es darf doch nicht sein, dass Rechtsradikale hoffähig gemacht und ihre Ideen als salonfähig gelten.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der größte Brocken des Doppelhaushalts bleibt der Einzelplan 09, in dem vor allem die Ausgaben für Kitas und Schulen zusammengefasst sind. Er wächst deutlich auf 5,82 Milliarden Euro im Jahr 2024. **Über die nächsten beiden Jahre gehen 240 Millionen Euro extra in Bildung – für die Zukunft unserer Kinder, für eine chancengerechte Gesellschaft und den Wohlstand von morgen.** Allein im Schulbereich erhöhen wir die Zahl der Planstellen um 660. **Warum tun wir das? Weil wir der festen**

**Überzeugung sind, dass Kinder und Jugendliche in kleinen Klassen lernen sollen und dass individuelle Förderung stattfinden muss. Wir machen Bildungspolitik nicht nur in Schön-Wetter-Zeiten.**

Im Rahmen unserer seit vielen Jahren erfolgreichen Sozialpolitik unterstützen wir soziale Treffs und Bildungseinrichtungen, beispielsweise den Katzenberg-Treff in Mainz-Finthen, den ich jüngst besucht habe. Dort habe ich gelernt, wie wichtig die wertschätzende Arbeit mit den Kindern ist und dass sich nicht überall Strom- und Wärmeenergie sparen lässt. Einfach mal das Licht auslassen ist dort unmöglich. In der Mainzer Erdgeschoss-Wohnung, in die wenig Licht fällt, können Kinder für Schularbeiten lernen. **Bei Kerzenlicht oder gar im Dunkeln pauken, weil das Geld für die „teure“ Energie fehlt? Das ist für uns definitiv keine Option.**

Für die junge Generation verstärken wir als Ampelkoalition unsere Anstrengungen im Kampf gegen die Erderwärmung. Mit dem Zukunftsplan Wasser, der Aktion Grün, dem Moorkataster und mit dem 250 Millionen Euro schweren Investitionsprogramm ziehen wir alle Register, um die Klimaneutralität zwischen den Jahren 2035 und 2040 zu erreichen. Wir sind auf gutem Weg, auch wegen unserer Anstrengungen beim Windenergie-Ausbau. **Bei der Leistung und Anlagenzahl lag Rheinland-Pfalz 2021 im Ländervergleich auf Platz 6 und auf Platz 1 der südlichen Regionen Deutschlands.**

Und liebe CDU,

**wir sind auch so viel besser als ihr Sehnsuchtsort Bayern.** Es verging im letzten Jahr ja kaum eine Woche, in der rheinland-pfälzische CDU-Politiker nicht den Freistaat und die CSU lobten. Auch Herr Baldauf hat sich ja verklausuliert für einen Unionskanzlerkandidaten Markus Söder ausgesprochen, weil er Bayern so erfolgreich führe.

Wissen Sie auch, wie viele Windräder der Freistaat Bayern im ersten Halbjahr 2022 genehmigt und in Betrieb genommen hat? Das waren so viele, wie eine Anlage Rotorblätter hat: genau drei! **Drei von bundesweit 258 Anlagen. Bayern steht auf der Windkraft-Bremse, so wie für die CDU die meisten Standorte für Anlagen lange ein Tabu waren.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich werde mich heute nicht ausführlich mit den CDU-Vorschlägen für den Doppelhaushalt auseinandersetzen. Warum? Weil Herr Baldauf mit leeren Hosentaschen hier ankam und uns nicht gesagt hat, was konkret die CDU im Haushalt 2023/2024 ändern möchte. **Dieses Schauspiel, den Regierungsentwurf abzukanzeln, aber selbst keine eigenen inhaltlichen Vorschläge zu präsentieren, ist grotesk. Es ist so absurd wie das Politik-Theater, das Boris Johnson in den letzten Jahren in der Downingstreet 10 aufgeführt hat.**

Lassen Sie mich also nur kurz auf zwei zentrale CDU-Kritikpunkte am Regierungsentwurf eingehen: Beide lassen sich schnell entkräften, zunächst zu **Kritikpunkt eins:**

**Sie vermissen – ich zitiere aus ihrer Pressemitteilung – „eigene Akzente der Landesregierung zur Hilfe für die Menschen in schwieriger Zeit“.**

Diese Kritik ist auf mehreren Ebenen grundfalsch. Deshalb helfe ich gerne bei der Wahrheitsfindung: Ich bin froh, dass wir in Rheinland-Pfalz im engen Schulterschluss mit dem Bund agieren, aber gleichzeitig sehr genau darauf schauen, wo es noch Verbesserungsbedarf im Sinne einer fairen Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern geben kann. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat dies vergangene Woche im Rahmen der Sonder-MPK nochmal deutlich gemacht und Finanzministerin Doris Ahnen in ihrer gestrigen Einbringungsrede: Für uns geht es darum, GEMEINSAM die Energiepreiskrise zu meistern, die Bürger\*Innen zu entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten.

Und mit Blick auf Ihren Vorwurf darf ich Sie noch einmal an Fakten erinnern: **Allein die zwei bislang umgesetzten Entlastungspakete werden durch den Landeshaushalt in diesem Jahr mit rund 290 Millionen Euro mitfinanziert – weitere Kosten werden folgen.** Die im Rahmen des dritten Entlastungspakets beschlossenen Maßnahmen

würden für den rheinland-pfälzischen Landeshaushalt allein im kommenden Jahr zu Kosten von rund 700 Millionen Euro führen, in Form von geringeren Steuereinnahmen, aber auch in Form von Ausgaben im Rahmen des geplanten bundesweiten ÖPNV Tickets. Das Land leistet also einen enormen Beitrag.

Überdies ergänzen wir die Bund-Länder-Maßnahmen in Rheinland-Pfalz zielgerichtet. Ein Beispiel: Die Energiepauschale von 300 Euro, die der Bund am 1. Dezember an die Rentnerinnen und Rentner auszahlen wird, wollen wir auf die rund 54.000 Versorgungsempfängerinnen und Empfänger des Landes übertragen. **Die Landesregierung stellt dafür rund 15 Millionen Euro bereit.**

Und neben weiteren Vorsorgemaßnahmen des Landes – die Finanzministerin hat sie gestern ausgeführt – hat Doris Ahnen zusätzlich noch den Vorschlag gemacht, weitere 200 Millionen Euro global zu veranschlagen, um auch kurzfristig handeln zu können, wenn weitere Unterstützung notwendig wird. Das ist vorausschauend und klug! Allerspätestens jetzt dürfte sich also Ihr Vorwurf, die Landesregierung setze keine eigenen Akzente in der Krise, vollends in Luft auflösen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU,

ihr zweiter Kritikpunkt betrifft die angeblich unzureichende Investitionstätigkeit des Landes. Hierzu sagen Sie – ich zitiere nochmal aus Ihrer PM, damit es hinterher nicht heißt, das hätten Sie SO nie gesagt – :

**„Der als Erfolg verkaufte Anstieg der Investitionen ist alleine dem kommunalen Investitionsprogramm in Höhe von insgesamt 250 Millionen Euro geschuldet.“**

Die Aussage ist erstens eine bewusste Verkürzung der Tatsachen. Der Doppelhaushalt sieht im Vergleich zum Vor-Krisen-Jahr 2019 eine Steigerung der Investitionsausgaben des Landes nicht von einer VIERTEL Milliarde Euro vor, sondern von etwa einer HALBEN Milliarde Euro. **Ich fülle diese gewaltige Summe mal für Sie mit Leben:**

Diese Summe steht für Investitionen in mehr Lehrerstellen, Investitionen in Klimaschutz, Investitionen in den Breitbandausbau, Investitionen in unsere Kommunen, Investitionen in Biotechnologie, Investitionen in die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen – und all diese Ansätze wurden teils erheblich erhöht. **Es ist bezeichnend, dass Sie, Herr Baldauf, diese Tatsachen verschwiegen haben. Ich sag's mal so: Es ist nun fakt, dass Fakten Sie nicht interessieren.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bisher haben wir heute nur die Äußerungen von Herrn Baldauf gehört. Ich bin sehr gespannt, welche Aussagen und Vorschläge gleich von den Freien Wählern folgen. **Denn die Freien Wähler in Rheinland-Pfalz sind ein bisschen eine Blackbox. Sie haben zwei Gesichter und man fragt sich immer, welches sie in der Öffentlichkeit zeigt.** Und damit meine ich nicht etwaige personelle Unstimmigkeiten; ich meine politische Strategien.

So machen die Freien Wähler manchmal konstruktive Oppositionsarbeit. Mit klaren Aussagen und konkreten Vorschlägen. An solchen Tagen denkt man sich: **Okay, die tun dem Parlamentarismus gut!**

Aber an vielen anderen Tagen zeigen die Freien Wähler ihr zweites Gesicht: **Sie zelebrieren einen Hang zum Populismus.** So bin ich etwa jüngst über die Forderung gestolpert, Deutschland solle doch manche Sanktionen gegen das mörderische Putin-Regime streichen. Zudem solle Deutschland die Pipeline Nordstream 2 so schnell wie möglich öffnen. Solche Apelle schaden Europa und unseren Werten: **Wer in dieser Form der Ukraine in den Rücken fällt, nimmt in Kauf, dass ganz Westeuropa Schaden nimmt.**

Auch ein zweites Beispiel zeigt die Widersprüchlichkeit der Freien Wähler: So verlangen sie an einem Tag neue rheinland-pfälzische Vorgaben und etwa konsequentes Handeln, ich zitiere aus einer PM, „im Umgang mit dem Indischen Springkraut und dem Riesen-Bärenklau“. Kurz danach

heißt es dann, dass man sich für Bürokratieabbau in unserem Land stark mache.

**Solche Forderungen sind widersprüchlich und inhaltlich arg seicht. Dieses Agieren hat den intellektuellen Tiefgang eines Talkshow-Auftritts von Richard David Precht.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es wird Sie nicht wundern, dass wir uns nicht lange mit der AfD beschäftigen. Die sogenannte Alternative für Deutschland ist eine Partei, die Rheinland-Pfalz und Deutschland in seiner jetzigen Form zerstören möchte.

Die AfD ist eine Partei, die in Rheinland-Pfalz von einem Sebastian Münzenmaier mitgeprägt wird. **Dieser verurteilte Straftäter hat jüngst in einem Interview gesagt, dass der Faschist Björn Höcke sehr gute Arbeit mache.**

Die AfD mit Weidel und Czapalla an der Spitze, ist eine Partei, die gegen Vielfalt, gegen Toleranz und gegen Mitmenschlichkeit ist und stattdessen für Rassismus steht. Kurz gesagt: **Solche Politiker sind eine Schande für Deutschland.**



Ihr falsches Spiel wird in diesen Wochen besonders deutlich: **Statt die Interessen Europas und Deutschlands zu vertreten, reiht sich die AfD ein bei den Lakaien Putins. Die AfD wirft sich Putin an den Hals, vielleicht, weil sie auch für Deutschland eine autoritäre Staatsform bevorzugen würde.**

Ich bin sehr froh, dass alle demokratischen Fraktionen in unserem Landtag nichts mit diesen Antidemokraten zu tun haben wollen. So soll und muss es bei all unseren Abstimmungen bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der verfluchte Krieg in der Ukraine stellt für Europa eine Zeitenwende dar. Ein Despot führt Krieg gegen den Westen. Mit Propaganda, mit Waffen und mit den fossilen Energieträgern. Als Ampel-Koalition, die wir im neuen Doppelhaushalt viele Demokratiestärkungsprojekte vorsehen, setzen wir auf die Verteidigung unserer Werte. Eines unserer wichtigsten Prinzipien ist, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. **Gemäß Artikel 20 Grundgesetz wird die Staatsgewalt vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt.**

Als SPD-Fraktion sind wir der Meinung, dass bei der Kommunalwahl 2024 mehr junge Menschen über die Verteilung der Macht entscheiden sollen. Einen Gesetzentwurf für das Wahlrecht ab 16 Jahren werden wir

bald in den Landtag einbringen. Auch junge Menschen sollen mitbestimmen können, welche politischen Vorschläge in ihren Kommunen umgesetzt werden.

Es muss bei der nächsten Kommunalwahl noch aus einem anderen Grund ein geändertes Wahlrecht geben: **Am gleichen Tag und in der gleichen Wahlkabine wird das Europaparlament gewählt, und aller Voraussicht nach dürfen dort 16- und 17-Jährige mitabstimmen.** Auf Bundesebene wird ja in diesen Monaten eine entsprechende Wahlrechtsänderung beschlossen. Es ist doch glasklar: Wir können es den 16- und 17-Jährigen in keiner Weise erklären, warum sie im Frühjahr 2024 das Parlament in Straßburg mitwählen dürfen, ihre Räte vor der Haustür aber nicht. **Nein, das wäre ein politischer Schildbürgerstreich, der keinen zum Lachen bringt, sondern nur Mundwinkel nach unten zieht.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe während meiner Sommerreise verschiedene Austauschorte besucht. Etwa das Europahaus Bad Marienberg und das CJD Jugenddorf Wolfstein. Dort ist der Satz gefallen: „**Wir müssen die Jugend zu starken Persönlichkeiten ausbilden, zu starken Demokraten**“. Es wäre demokratieschädlich und würde Europa weiter gefährden, wenn wir junge Menschen nicht ernst nehmen.

Für mich steht felsenfest, dass wir nie in unseren Anstrengungen für ein geeintes Europa nachlassen dürfen. **Es ist ein riesiges Glück, dass Europas Staaten über eine historisch lange Zeitspanne hinweg – von 1945 bis 2022 – keinen Krieg gegeneinander geführt haben.** Zu diesem Glück müssen wir zurück.

**Auch unser Wohlstand hängt maßgeblich von europäischen Entwicklungen ab:** Sei es bei der Frage, welche Einigkeit die EU hinsichtlich des Umgangs mit Diktatoren oder dem Verhandeln über Freihandelsabkommen an den Tag legt. Oder sei es bei Entscheidungen zu Gaslieferungen oder der Verteilung von Flüchtlingen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**wir wollen unseren Beitrag leisten, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz weiterhin von Europa profitieren, dass unsere Freiheits- und Gerechtigkeitswerte hoch im Kurs stehen und dass die Solidarität zwischen den Völkern gedeiht.** Als Ampel-Koalition werden wir Rheinland-Pfalz mit dem Doppelhaushalt auf diesem Kurs halten.